

An
Christoph Strässer MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages
Beauftragter der Bundesregierung
für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe
im Auswärtigen Amt
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Münster, den 25.06.2015

**Betreff: Aufforderung zur öffentlichen Stellungnahme zum Gesetzesentwurf zur
„Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“**

Sehr geehrter Herr Strässer,

leider haben wir Ihrerseits noch keine persönliche Antwort oder Stellungnahme auf unseren offenen Brief erhalten. Nur eine E-Mail ihres Büros erreichte uns am 10.06.2015. Dies empfinden wir als unzureichend und der Wichtigkeit und Dringlichkeit des Anliegens nicht angemessen.

Hiermit fordern wir, das Bündnis gegen Abschiebungen Münster, die Bürger*innen, Gruppen und Initiativen die den offenen Brief unterzeichnet haben Sie auf; endlich persönlich auf den Brief zu antworten und vor allem, öffentlich Stellung zum Gesetzesentwurf zur „Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ zu beziehen.

Der Gesetzesentwurf wurde bereits am 17.06.15 im Innenausschuss besprochen und steht nun für Donnerstag den 02.07. zur zweiten und dritten Beratung auf der Tagesordnung (Punkt 13) für die Plenarsitzung des Bundestages.

Der endgültige Gesetzesentwurf steht, die parlamentarischen Beratungen haben stattgefunden und auch wenn die Möglichkeit besteht, dass in der Bundestagssitzung noch Änderungsanträge eingebracht werden; sehen wir keinen Grund weshalb Sie nicht öffentlich Stellung zu diesem Gesetzesentwurf und auch einzelnen inhaltlichen Aspekten beziehen können. Ihre Entscheidung über Ihr Abstimmungsverhalten müsste mittlerweile feststehen.

Wir sehen den Gesetzesentwurf weiterhin als gravierenden Einschnitt in das Asylrecht. Abschiebehaft, Einreise- und Aufenthaltsverbote sowie Ausweisungen würden zur gängigen Praxis und Geflüchtete vermehrt kriminalisiert. Ein dritter „Asylkompromiss“ wie 1993 und 2014 wäre nicht hinnehmbar (weitere Argumente gegen den Gesetzesentwurf siehe offener Brief).

In Ihrer Rolle als Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung fordern wir Sie erneut dazu auf gegen den Gesetzesentwurf Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen,

Bündnis gegen Abschiebungen Münster

attac-Regionalgruppe Münster

Amnesty International, Hochschulgruppe Münster

Antirassistische Initiative Münster

Arbeitskreis ReligionslehrerInnen

Befreiungstheologisches Netzwerk Münster

Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Bistum Münster

DGB-Jugend-Münsterland

Don Bosco Aktionsgruppe NRW, Münster

Duo Contraviento

grenzfrei

Gruppe Analyse und Kritik

Hochschulgruppe Campus Grün, Münster

Interventionistische Linke Münster

Institut für Theologie und Politik, Münster

KSHG Rat, Katholische Studierendengemeinde Münster

Pax Christi im Bistum Münster

Plan A

SDS Münster

Verein für politische Flüchtlinge, Münster

Weltladen Münster

Zusammen ist besser - Verein für Völkerverständigung e.V.